

PRESSEMITTEILUNG

Hameln, den 28.01.2026

PRESSEKONTAKT

Jacqueline Krüger
FDP Kreisvorstandsvorsitzende
Anke Blume
FDP-Stadtverbandsvorsitzende

Rentenpolitik zwischen Realität und Reformbedarf – Liberale Gesprächsrunde in Hameln fordert Kurswechsel

Hameln – Die erste Liberale Gesprächsrunde 2026 der FDP Hameln-Pyrmont am vergangenen Dienstag stand ganz im Zeichen einer der drängendsten Zukunftsfragen Deutschlands: der Rentenpolitik. Als Experte war der renommierte Rentenfachmann Bernd Adomat eingeladen, der gemeinsam mit den Teilnehmenden eine schonungslose Analyse des bestehenden Systems vornahm. Das Fazit der Diskussion fiel eindeutig aus: Die aktuelle Rentenpolitik steht vor erheblichen strukturellen Herausforderungen und ist in ihrer jetzigen Form nicht zukunftsfähig.

Im Zentrum der Debatte stand das umlagefinanzierte Rentensystem, das den demografischen Realitäten zunehmend hinterherläuft. Eine alternde Gesellschaft, sinkende Geburtenzahlen und eine wachsende Zahl von Rentenempfängern bei gleichzeitig schrumpfender Erwerbsbevölkerung setzen die gesetzliche Rentenversicherung massiv unter Druck. Die bislang vorherrschende politische Strategie, Finanzierungslücken durch immer höhere Bundeszuschüsse zu schließen, wurde von den Teilnehmenden kritisch bewertet. Diese Praxis verlagere die Lasten in den allgemeinen Staatshaushalt und damit vor allem auf jüngere Generationen – ohne die strukturellen Ursachen des Problems zu beheben.

Besonders eindringlich wurde die Sorge vor wachsender Altersarmut und der sich abzeichnenden Situation der heutigen jungen Generation thematisiert. Das derzeitige Rentenniveau reicht für viele Erwerbsbiografien bereits heute nicht mehr aus, um den Lebensstandard im Alter zu sichern. Menschen mit niedrigen Einkommen, Teilzeitbeschäftigte oder Erwerbsbiografien mit Unterbrechungen sind besonders betroffen. Sozialpolitische Maßnahmen wie die Grundrente wurden zwar als notwendig anerkannt, zugleich aber als reine Symptombekämpfung eingeordnet, die grundlegende Reformen nicht ersetzen kann.

Ein weiterer Schwerpunkt der Veranstaltung war die zunehmende Verlagerung von Verantwortung auf die individuelle Vorsorge. Zwar existieren zahlreiche private und betriebliche Vorsorgemöglichkeiten, doch diese sind stark einkommensabhängig und für viele Menschen faktisch kaum umsetzbar. Kritisch hinterfragt wurden insbesondere staatliche Förderinstrumente, die als komplex, intransparent und sozial unausgewogen wahrgenommen wurden.

Aus der Diskussion heraus kristallisierten sich mehrere Reformansätze heraus: Gefordert wurden unter anderem der konsequente Aufbau einer kapitalgedeckten Ergänzung innerhalb der gesetzlichen Rente, eine automatische – aber abwählbare – Zusatzvorsorge nach internationalem Vorbild sowie eine



<https://hameln.freie-demokraten.de>
info@fdp-hameln-pyrmont.de.de

FDP Fraktion im Kreis Hameln Pyrmont
Osterstraße 52
31785 Hameln

Ausweitung des Versichertenkreises. Darüber hinaus sprachen sich viele Teilnehmende für ein flexibles Renteneintrittsalter aus, das sich stärker an der steigenden Lebenserwartung orientiert und durch altersgerechte Arbeitsbedingungen flankiert wird. Zusätzlich wurde aus dem Kreis der FDP vorgeschlagen, kapitalgedeckte Versorgungswerke nicht nur für Ärzte, Architekten und Rechtsanwälte einzurichten, sondern auch für andere Personengruppen. Gut funktionierende Versorgungswerke sollten nicht zerschlagen werden, um ein marodes Rentensystem zu erhalten.

Die Veranstaltung machte deutlich: Eine zukunftsfähige Rentenpolitik braucht politische Ehrlichkeit über Leistungsgrenzen, mehr Generationengerechtigkeit und den Mut zu langfristigen Strukturreformen und die Ehrlichkeit: eine solche Reform wird sowohl erhebliche Mittel als auch Zeit kosten - ist jedoch zum Erhalt des Rentensystems unumgänglich. Kurzfristige Leistungsausweitungen ohne nachhaltige Finanzierung wurden einhellig als nicht mehr verantwortbar angesehen.

Die Liberale Gesprächsrunde ist ein Veranstaltungsformat der FDP Hameln-Pyrmont, das bewusst überparteilich angelegt ist und aktuelle gesellschafts-, bundes-, landes- und kommunalpolitische Themen aufgreift, um diese offen und sachlich zur Diskussion zu stellen.

